Von den liberalen Vordenkern der Marktwirtschaft haben die Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg gelernt, daß der Wettbewerb nur funktioniert, wenn der Staat Spielregeln aufstellt und über deren Einhaltung wacht. Das Berliner Kartellamt müht sich daher, Preisabsprachen zwischen Unternehmen zu verhindern; und es hat die Möglichkeit, wettbewerbsmindernde Zusammenschlüsse von Unternehmen zu verbieten.

Kommt die europäische Kartellverordnung, dann hat das deutsche Kartellamt nicht mehr viel zu sagen. Die EG-Kommission, so Sutherlands Vorschlag, wäre für alle Fusionsfälle zuständig, bei denen der weltweite Gesamtumsatz der beteiligten Unternehmen eine Milliarde Ecu (rund 2,1 Milliarden Mark) übersteigt und bei denen mindestens zwei der beteiligten Unternehmen innerhalb der Gemeinschaft einen Umsatz von jeweils mindestens 100 Millionen Ecu machen.

Dem Berliner Kartellamt blieben nur die Fälle von geringerer Bedeutung. Für die spektakulären Übernahmen wäre künftig die Brüsseler Kommission zuständig. Und die würde wahrscheinlich viel Verständnis für Elefanten-Hochzeiten finden.

SUTHERLAND: Zu dem speziellen Fall möchte ich keinen Kommentar abgeben. Aber die Kommission glaubt nicht, daß Wettbewerbspolitik von industriepolitischen Vorstellungen geleitet werden soll. Eher sollte über den Wettbewerb die Effizienz in der Industrie verstärkt werden.

SPIEGEL: Seit drei Wochen erst ist der Text Ihrer Richtlinie bekannt, nun soll er bereits verabschiedet werden. Der deutschen Regierung scheint dies eine unnötige Eile zu sein.

SUTHERLAND: Eilig? Vor immerhin 16 Jahren haben wir den ersten Entwurf vorgelegt, und der wurde seither nur minimal verändert. Alle Probleme wurden hin und her gewendet, hoch und runter debattiert. Wer jetzt eine Verzögerung empfiehlt, steckt doch nur den Kopf in den Sand, um der Wirklichkeit nicht ins Auge sehen zu müssen.

SPIEGEL: Die Deutschen schlagen vor, daß ein europäisches Fusionsrecht erst greifen soll, wenn es die beteiligten Unternehmen auf mindestens zehn Milliarden Ecu Weltumsatz bringen. Nach Ihrer Vorlage soll die EG schon bei einer Milliarde eingeschaltet werden. Was halten Sie von der deutschen Idee?

SUTHERLAND: Unsinn, nichts als Unsinn. Das wäre das Ende einer europäischen Fusionskontrolle. Die nationalen Regierungen müssen endlich erkennen: Die Zeit der Verzögerungen und der Rhetorik ist vorbei.

Solches Wohlwollen würde durch Sutherlands Entwurf abgesichert. Wettbewerbsmindernde Zusammenschlüsse von Unternehmen dürfte Brüssel dann ausnahmsweise genehmigen, wenn diese nach Einschätzung der Kommission zur Verbesserung der Produktion und des Handels, zum technischen und wirtschaftlichen Fortschritt beitragen.

Die Ausnahmeklausel ist so weit gefaßt, daß die Kommission nach eigenem Gutdünken entscheiden könnte, ob ein marktbeherrschendes Unternehmensgebilde wegen seiner wirtschaftlichen Vorteile erwünscht ist oder nicht. Brüssel könnte mithin Industriepolitik betreiben; könnte entscheiden, ob bestimmte Konzerngrößen im internationalen Wettbewerb nötig erscheinen.

Sutherlands Entwurf, schimpft daher der deutsche Kartellamtspräsident Wolfgang Kartte, bilde ein „Einfallstor für eine industriepolitische Steuerung der Unternehmen durch die EG-Kommission". Franzosen und Italienern, die ihre Wettbewerbspolitik traditionell mit industriepolitischen und gesamtwirtschaftlichen Kriterien verknüpfen, kommt der Brüsseler Entwurf dagegen sehr gelegen.

In Deutschland, wo das konsequentere nationale Fusionsrecht bestehenbliebe, käme es bei dieser Konstruktion zu einer mißlichen Lage: Brüssel ließe die Großen laufen, und Berlin drangsalierte die kleineren Unternehmen.

Wenn die Kommission beispielsweise die Entwicklung der Elektronik im Gemeinsamen Markt fördern möchte, dann würde auf diesem Gebiet ein marktbeherrschender Unternehmenszusammenschluß genehmigt. Gleichzeitig aber müßte das Bundeskartellamt, weil industriepolitische Argumente für die Berliner Wettbewerbshüter nicht zählen, den sehr viel harmloseren Zusammenschluß zweier Textilunternehmen verbieten.

Einfach wird es nicht für die Deutschen, sich mit ihren marktwirtschaftlichen Argumenten Gehör zu verschaffen. Seit Bonn bei dem Mega-Aufkauf von MBB durch Daimler-Benz die Rolle des Maklers übernahm, hat der Ruf der Deutschen als Vertreter der reinen Wettbewerbslehre in Brüssel gelitten.

Der SPD-Abgeodnete Uwe Jens: „Wir haben eine ganz schlechte Position, nachdem wir selbst ein Präjudiz für das geschaffen haben, was wir in Brüssel nicht wollen."

Das, was die Bonner wollen, erscheint höchst unrealistisch. Nach EG-Recht, so der deutsche Vorschlag, sollen nur die ganz dicken Fusionen genehmigt werden: Fälle, bei denen Unternehmen mit einem Weltumsatz von mindestens zehn Milliarden Ecu zusammengehen.

Zudem soll nicht die Kommission über die Genehmigung von Firmenaufkäufen entscheiden, sondern ein europäisches Kartellamt. Vorschlag für den Sitz der neuen Behörde: Berlin.

PRESSE

Lange gesucht

Den Boulevard-Zeitungen laufen die Leser weg. Frankfurts „Abendpost/Nachtausgabe" wurde eingestellt.

Zu den großen Zeitungen der Republik hat die „Abendpost/Nachtausgabe" nie gehört. Dazu waren die Schlagzeilen meist zu deftig, die Meldungen allzu leichthin. Doch gut sortierte Presseläden hatten die Straßengazette aus Frankfurt immer dabei, Tag für Tag.

Am vergangenen Dienstag warteten Händler und Leser vergeblich. Ohne Vorankündigung hatte der Verlag, die Frankfurter Societäts-Druckerei, das Blatt mit sofortiger Wirkung eingestellt.



Eingestelltes Boulevard-Blatt (Ausriß)
Der Straßenkampf ist hart geworden

Keine Zeile vom plötzlichen Ende stand in der letzten Ausgabe. Selbst die Redakteure erfuhren erst davon, als sie am Montag vormittag wie gewohnt ihren Dienst antraten.

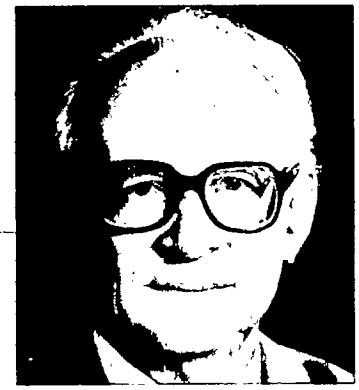
Der tägliche Straßenkampf um das Boulevard-Publikum ist hart geworden, nicht nur in Frankfurt. In München gewinnen „Abendzeitung" und „tz", in Köln der „Express", in Hamburg die „Morgenpost", in Berlin die „BZ" kaum noch Leser hinzu. Die Konkurrenz anderer Medien macht den Blättern schon lange zu schaffen.

Für die Frankfurter „Abendpost" kam das Aus zwar sehr plötzlich, aber nicht unerwartet. Monatelang hatte Societäts-Geschäftsführer Peter Kluthe einen Käufer für die Boulevard-Zeitung gesucht. Alle winkten ab.

Nur ein Branchenfremder zeigte bis zum Schluß Interesse. Der Frankfurter Geschäftsmann Botho Jung, 60, ein ehemaliger Journalist, der als Teilhaber der Bad Homburger Spielbank zu einigem Wohlstand gekommen war, machte ein eigenes Angebot. Zum symbolischen Preis von einer Mark wollte Jung die

Darum bin ich Mitglied der

Deutschen Gesellschaft für Humanes Sterben (DGHS):



Prof. Dr. Ossip K. Flechtheim,
Politik-Wissenschaftler

„Jeder soll das Recht haben, Art und Umstände seines Sterbens selbst zu bestimmen. Dafür tritt die DGHS mit entsprechenden Hilfen ein."



Inge Meysel,
Schauspielerin

„Jeder soll über sein Leben selber verfügen können. Die DGHS gibt praktische Hinweise, sinnloses, qualvolles Sterben selbstverantwortlich zu beenden."



Martin Neuffer,
Intendant a. D. des NDR

„In der letzten Lebensphase, die dem Tod vorausgeht, ist die Gefahr besonders groß, Menschenwürde und Selbstbestimmung zu verlieren. Die DGHS ist ein Zusammenschluß von Menschen, die sich dagegen wappnen."



Prof. Dr. Ernest Borneman,
Sexualwissenschaftler

„Da die Natur uns das Recht versagt, über Zeit, Ort und Art unserer Geburt zu entscheiden, verlangt unsere Würde von uns, daß wir entscheiden, ob, wann und wie wir sterben wollen. Jedem, der uns diese Entscheidung erleichtert, gebührt unser Dank."



Prof. Dr. Dr. Norbert Hoerster,
Professor für Rechts- und Sozialphilosophie

„Der Staat hat nicht das Recht, seinen Bürgern in existentiellen Fragen des Lebens und Sterbens die Dogmen der Kirche aufzuzwingen."



Willi-Peter Sick,
Mitglied des Deutschen Bundestages (CDU) von 1972 bis 1983

„Der Bürger übernimmt in einer demokratischen Gesellschaft selbst Verantwortung für ein menschenwürdiges Leben. Dazu gehört auch ein menschenwürdiges Sterben. Dabei hilft die DGHS."

Kostenlose Informationen:

DGHS e.V., Postfach 11 05 29, 8900 Augsburg 11

Telefon (0821) 416011

„Abendpost" übernehmen und mindestens bis Ende 1989 weiterführen.

Doch die Eigentümer mochten sich nicht auf dieses Spiel einlassen. „Es ist für alle Beteiligten besser", wehrte Kluthe die Offerte ab, „unsere Zeitung ganz schnell sterben zu lassen."

Zu retten gab es wohl tatsächlich nichts mehr. Allein im vergangenen Jahr verbuchte die Societäts-Druckerei, in deren Verlag auch die „Frankfurter Neue Presse" erscheint, einen Verlust von gut zehn Millionen Mark. Gewinne gab es bereits seit Jahren nicht mehr. In diesem Jahr sank die Auflage unter 130 000 – zuwenig zum Überleben.

Damit haben auch andere Boulevard-Blätter Sorgen. Die überall präsente „Bild" aus dem Springer-Verlag etwa verkauft derzeit bundesweit rund 4,5 Millionen Exemplare – fast 650 000 weniger als vor einem Jahr.

Ein neues Konzept wird dringend gebraucht, viel weiter nämlich darf die Auflage nicht abfallen. Schon bei vier Millionen Exemplaren würde „Bild" kaum noch Gewinne abwerfen – zu teuer ist der Apparat mit seinen 700 Reportern, Redakteuren und Mitarbeitern.

Konkurrenten wie der Hamburger „Morgenpost" allerdings geht es noch schlechter. Die ehemalige SPD-Zeitung, vor zwei Jahren vom Pressekonzern Gruner + Jahr übernommen, dümpelt immer noch tief in den roten Zahlen.

Mit dem ehemaligen SPD-Pressesprecher Wolfgang Clement wurde zwar ein politischer Kopf an die Spitze der Zeitung geholt. Doch für ein Straßenblatt sind offenbar andere Qualitäten gefragt.

Ende vergangenen Jahres mußte Clement die Bremer „Mopo"-Ausgabe einstellen, das Blatt lag wie Blei an den Kiosken. In Hamburg geht es nicht viel besser. Trotz aufwendiger Werbekampagnen und dubioser Mordfabeln findet die „Morgenpost" nur wenige zusätzliche Leser.

Der Sozialdemokrat zog die Konsequenzen. Anfang Januar wird er Chef der Düsseldorfer Staatskanzlei. „Wir schaffen es einfach nicht", klagt ein „Mopo"-Redakteur, „dem Blatt ein eigenes, auf Hamburg zugeschnittenes Profil zu geben." Befürchtungen allerdings, die „Morgenpost" könnte eingestellt werden, müssen weder Redaktion noch Leserschaft haben, vorerst jedenfalls. Verlagschef Gerd Schulte-Hillen will die einzige Tageszeitung des Pressekonzerns unbedingt halten. Schließlich war er es, der das marode Blatt 1986 unbedingt kaufen wollte.

In Frankfurt indes profitiert „Bild" bereits vom Ende der Konkurrenz. Am vergangenen Montag, als das Ende der „Abendpost/Nachtausgabe" verkündet wurde, ließ der Springer-Verlag zusätzlich 100 000 „Bild"-Exemplare an die Verkaufsstellen liefern.

Der Frankfurter Boulevard-Markt gehört jetzt „Bild" allein.